



Ina Latendorf, MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages
Agrarpolitische Sprecherin für die
Gruppe DIE LINKE im Bundestag

Pressemitteilung

Berlin, 08.02.2024

Ina Latendorf, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 1.823

Telefon: +49 30 227-73164

E-Mail : ina.latendorf@bundestag.de

Funktionen:

Agrarpolitische Sprecherin für die
Gruppe DIE LINKE im Bundestag

Mitglied im Ausschuss für Ernährung
und Landwirtschaft

Wahlkreisbüro

Dr. Felix Baumert

Domstr. 5

18273 Güstrow

0151 7017 1157

ina.latendorf.ma03@bundestag.de

Und täglich grüßt die Phrase! - Zur Ankündigung eines Eckpunktepapiers Tierwohlabgabe

"Der mediale Aufschlag des Ministers Özdemir zur sogenannten Tierwohlabgabe über eine Verbrauchsteuer bleibt wieder einmal weit hinter den Erwartungen und hinter dem Notwendigen zurück.", sagt die agrarpolitische Sprecherin der LINKEN-Gruppe im Bundestag Ina Latendorf.

"Kein Wort zur Sicherstellung der zweckgebundenen Verwendung. Kein Wort zum Zeithorizont. Kein Wort zur Höhe. Dafür aber wohl eine neue Belastung für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Der Verdacht drängt sich auf, dass hier wieder einmal der Krisengewinner Lebensmitteleinzelhandel nicht zur Verantwortung herangezogen wird. Dabei sollte mittlerweile auch der Bundeslandwirtschaftsminister bemerkt haben, dass Preiserhöhungen immer gleichzeitig für einen Gewinnaufschlag im Lebensmitteleinzelhandel ausgenutzt werden."

Die Bundestagsabgeordnete der LINKEN resümiert: "Die Kartellbehörde muss endlich auf Trapp gebracht werden um der Gierflation im Lebensmitteleinzelhandel einen Riegel vorzuschieben. Das fordert die LINKE schon lange sowie dass über die Abschöpfung von Übergewinnen endlich auch die Krisengewinner ihren gerechten Beitrag zur Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung in Deutschland leisten. Es muss klar sein: Egal woher die Finanzen stammen - letztlich müssen diese dann auch in den Umbau der Tierhaltung, d.h. an die Tierhalter fließen. Ein Konzept dafür gibt es nicht und natürlich fehlt nach wie vor die Rechtssicherheit für zukunftsfeste Umbauten in der Tierhaltung. Das bremst selbst die Tierhalterinnen und Tierhalter aus, die auch ohne Förderung mehr tun wollen."